

*Kammerhofer, Leopold (Hrsg.): Studien zum Deutschliberalismus in Zisleithanien 1873–1879.*

Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien 1992, 338 S. (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 25).

Die Jahre der deutschliberalen Vorherrschaft (1868–1878) werden als ein sehr umstrittenes Zeitalter der Monarchie eingeschätzt. Nationale und parteipolitische Auffassungen spielten dabei eine wesentliche Rolle. Der Deutschliberalismus bemühte sich prinzipiell um größere Freiheit für das Individuum, konnte sich aber im Laufe des 19. Jahrhunderts nicht von den Maximen der bürgerlichen Gesellschaft lösen, wie sie in der Großbourgeoisie im bekannten Leitsatz „Bündnis von Besitz und Bildung“ verankert waren. Ein Teil der politischen Führer vertrat zwar einige fundamentaldemokratische Ideen, fand sich aber nicht bereit, auch die gesellschaftlichen Unterschichten in die parlamentarische Repräsentation einzubeziehen; es gab jedoch auch Ausnahmen. Die politischen Manifestationen blieben sehr unterschiedlich, und die Gegensätze im aufkommenden Nationalitätenstreit komplizierten den Konflikt um die zentralistische oder föderalistische Lösung des österreichischen Reichsproblems. Auf fast allen Gebieten der Staatsverwaltung suchten die Liberalen die Position des Deutschen zu stärken, eine Vormachtstellung, die sie gegenüber den slawischen Nationen Zisleithaniens bewußt betonten. Ihre Führungseliten, die sich nach dem Abschluß des Ausgleichs mit Ungarn 1867 herausgebildet hatten, waren bedeutend für die Staatsverwaltung, die Industrie und die Hochfinanz der Monarchie.

Die Darstellung dieser divergierenden Tendenzen in der deutschliberalen Ära hat sich eine Arbeitsgruppe von Historikern als Thema gestellt und damit eine Epoche des Verfassungsstaates gewählt, in der folgenschwere Entscheidungen für das weitere Schicksal des Vielvölkerreiches fielen. Die einzelnen Kapitel, an deren Spitze Abhandlungen von Leopold Kammerhofer, dem Herausgeber, zu Organisationsformen und

Führungsschichten stehen, sind aus Forschungsprojekten hervorgegangen, die sich eingehend mit den Herrschaftsformen der Liberalen während der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts befassen. Die Schwierigkeit der Aufgabe liegt in erster Linie in der ungünstigen Quellsituation; Parteiarchive sind verlorengegangen und ungedruckte Quellen nur in geringer Zahl vorhanden, so daß vor allem Zeitungen, Verhandlungsprotokolle und die gedruckte Memoirenliteratur den Platz der Primärquellen einnehmen mußten.

Karl Vocelka, dem wir die Redaktion des Bandes verdanken, behandelt das Wahlrecht jener Jahre, erörtert die Wahlsysteme und Reformen und analysierte die Wahlergebnisse außerordentlich gründlich. Auch vergleicht er die Zahl der Wahlberechtigten mit der anderer europäischer Länder. Die Habsburgermonarchie lag mit ihrem Prozentsatz durchaus nicht am Ende der Statistik (!). Bei den Wahlkurien der einzelnen Kronländer der Monarchie und bei der Verteilung der Mandate des Honoratiorenparlaments ergaben sich Diskrepanzen, die nach Albert Schäffle, dem Handelsminister in der Regierung Graf Hohenwart, die „geld-oligarchisch-centralistischbürokratische Natur der Verfassungspartei“ charakterisierten. Die Partei richtung zerfiel in den Jahren der oftmals durch Wahlgeometrie gesicherten deutschen Präponderanz in verschiedene Gruppen, so daß von einer homogenen Fraktion nicht gesprochen werden kann. Die altliberalen Verfassungstreuen und die jüngere Generation der sich bildenden Fortschrittspartei vertraten mehr und mehr kontroverse Standpunkte. Auch waren die Liberalen aus den deutschböhmischen Gebieten stärker an nationalen Fragen interessiert als die doktrinären Altliberalen in den österreichischen Erbländern. (Man vergleiche die Resolution des 2. Deutschböhmischen Parteitages in Teplitz am 16. 5. 1873.) Die These von der künstlichen Aufrechterhaltung der Mehrheit des deutschen Elements durch die Wahlgeometrie (oder durch den Ankauf von Gütern des Großgrundbesitzes – „Chabrus“ –) ist jedoch nicht in allen Fällen nachweisbar, wie Karl Vocelka anmerkt.

Friedrich Edelmayer setzt sich mit dem Thema „Der Deutschliberalismus und das böhmische Staatsrecht während des Ministeriums Adolf Auersperg“ auseinander. In zutreffender Weise wird die Einstellung der Liberalen zur Politik der AltsTschechen, beginnend mit der Propagierung des böhmischen Staatsrechts, der Wahlreform und den Deklarationen bis zum Ende der Abstinenzpolitik der Tschechen, dargestellt. In Anbetracht der späteren nationalen Konflikte kam dem bedauerlicherweise gescheiterten Vermittlungsversuch Adolph Fischhofs, den Emmersdorfer Gesprächen, eine gewisse Bedeutung zu. Leider sind sie an der Unnachgiebigkeit einiger führender Liberaler gescheitert.

Über die Gegenkräfte des Liberalismus berichtet Karl Vocelka in einem weiteren Aufsatz. Er behandelt das Verhältnis von Staat und Kirche, der Konflikt der Liberalen mit Rom führte schließlich 1870 unter veränderten außenpolitischen Bedingungen zur Kündigung des Konkordats. Zu den weiteren Gegnern der Liberalen zählten der Kaiser selbst, die Konservativen und, aus nationalen Gründen, neben den Tschechen die Jungslowenen sowie ein Teil der Ruthenen und überdies auch die polnischen Abgeordneten, obwohl diese zeitweise aus taktischen Gründen den Zentralismus unterstützten. Schlimmer noch als die Opponenten im Parlament wirkte sich die innere Zerrissenheit der Fraktion aus, in der verschiedene Gruppen gegeneinander-

standen. Während sich bei den übrigen Parteien die Entwicklungen zur modernen Massenbewegungen abzeichnete, waren bei den Liberalen verschiedene Fraktionen von Individualisten entstanden, bei denen ein ideologischer Zusammenhalt nicht zu erreichen war. Dies läßt sich auch an der Interessenlage des Bürgertums in der Wirtschaftspolitik nachweisen.

Hinsichtlich des Themas Liberalismus und Wirtschaft bringt Susanne Herrleben eine sehr aufschlußreiche Zusammenfassung. Nach Jahren einer offensichtlich glänzenden Konjunktur fiel der verheerende Börsenkrach 1873 in die Ära der Deutschliberalen und erschütterte das Finanzsystem wie auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Verfassungspartei. Einige erfolgreiche parlamentarische Aktionen hoben das Ansehen der Partei hinsichtlich handelspolitischer und wirtschaftlicher Probleme erneut, die soziale Frage blieb jedoch weiterhin ungelöst.

Die Lage der sozial schwachen Schichten der Bevölkerung wurde trotz mancher Forderung nach einer staatlichen Interventionspolitik zugunsten der Arbeiterklasse nicht verbessert, denn man kam über die altliberale Vorstellung von der Selbstverantwortlichkeit des einzelnen nicht hinaus (Irene Gartner).

Das Ende des liberalen Regimes fiel in die Zeit nach der Okkupation Bosniens und der Herzegowina, die von den Deutschliberalen als Akt „dynastischer Außenpolitik“ vor allem aus nationalen Gründen abgelehnt wurde. Man befürchtete die Slawisierung der Monarchie (Leopold Kammerhofer – Walter Prenner). Fraktionsgliederung und Parteiprogramme (1870–1880) bieten einen Überblick über die deutschliberalen Regierungen. Ein Schlagwortregister sowie die Wiedergabe von statistischem Material zu den Kronländern Zisleithaniens wären im Anhang wünschenswert gewesen.